

BASISGRUPPEN

an der TH Darmstadt 2. Juni '78



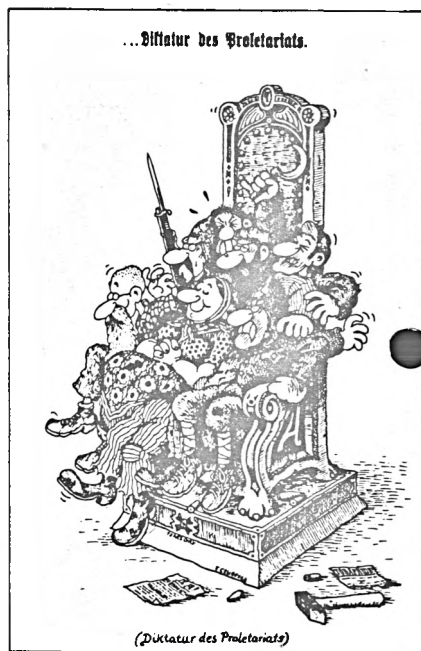
-StuPa-Wahlen.....

LISTE 4



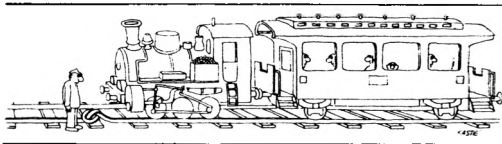
die basisgruppen in eigener d.h. eurer sache

Ansatzpunkt für die Arbeit einer Basisgruppe ist der Wille des Einzelnen nicht Objekt von Entscheidungen sei zu wollen. Das heißt, Entscheidungen werden grundsätzlich von den Betroffenen selbst und vor Ort getroffen. Es gibt keine parteihierarchische Organisationsstrukturen und keine Fünfjahrespläne, auch hochschulpolitische Arbeit wird von allen Basisgruppen gemeinsam gemacht und nicht von Ausschüssen oder Representanten.



Was heißt Arbeit der Basisgruppen? Wie läuft das ab?
Arbeit heißt für uns mehr als das Zusammentreten um Mehrheits-
entscheidungen auszudrücken oder das Abreiten von Formalia.
Arbeit heißt für uns Meinungsbildung, ausführliche Diskussion
und Erarbeitung von Themen und Problemstellungen. Arbeit heißt
für uns das Verändern unseres Umfeldes und Verändern von uns selbst.
Und zwar beides und gleichzeitig. Dieses Moment der Selbstem-
anzipation ist eine elementare Prämisse der Basisgruppen-
Tätigkeit, die Hand in Hand geht mit der, sei es auch nur modell-
haften Veränderung unseres eigenen Umfeldes. Im Gegensatz zu allen
anderen politischen Gruppen geht es bei der Arbeit der Basisgruppen
nicht nur um eine Wirkung nach außen, sondern genauso um eine
Wirkung nach innen, eine Wirkung auf uns selbst.

Unsere Arbeit soll uns Spaß machen, soll uns Erfolgserlebnisse
vermitteln und soll uns die Organisation unseres eigenen
Lebens erleichtern. Es handelt sich hier nicht um das gleich-
wertige Nebeneinander von Dingen wie große Politik, kleine Politik
Hochschulpolitik, Privatleben und Hobbies, sondern um die Kombination
alldessen zu einem Ganzen. Dies ist dann als das politische
Handeln eines Einzelnen zu verstehen, in diesem Sinne heißt
politisches Handeln immer gemeinsames Handeln im Kollektiv
Es sollte in Denken und Diskussion der Basisgruppen keine
Tabus geben. Nur eigene Ansätze sind tragfähig, auch wenn da-
durch die "Linie" nicht immer so schnurgerade ist wie sie sein
sollte. Es ist Anspruch der Basisgruppen ein Forum zu sein
auf dem jeder seine Bedürfnisse und Interessen wiederfindet,
die dann gemeinsam in politisches Handeln umgesetzt werden.



.....und
das Wie
kommt
jetzt

Die Vorstellungen der Basisgruppen zur Studienreform

"Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, Wissen um des Wissens willen anhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte."

B. Brecht, Leben des Galilei

Welches Interesse haben die (in einigen Augen auch so chaotischen) Basisgruppen an einer Studienreform? Diese Frage beantwortet sich aus deren Entstehungsgeschichte. Die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Basisgruppen bildeten sich aus der Unzufriedenheit mit den tradierten Vorstellungen von Wissenschaft (die als "reine" Wissenschaft losgelöst von den gesellschaftlichen Randbedingungen gelehrt wurde), und der offensichtlichen Unfähigkeit der alten Ordinarien und Regierungen, die Probleme der Hochschulen zu lösen.

Die Kritik richtet sich heute hauptsächlich gegen zwei Punkte:

- Ein veraltetes und in Hierarchie erstarrtes Ordinariensystem betonte die Selbstherrlichkeit einiger Professoren, denen alleine man Sachverstand zugestand, die aber de facto von den Interessen der Privatwirtschaft (und hier hauptsächlich der Großindustrie) abhängig waren.

Das Ordinariensystem wurde zwar vordergründig abgeschafft (es gab an der TH mal Drittelparität), aber inzwischen wurde durch die Novellierung des Hessischen Universitätsgesetzes (HUG) 1974 die Mehrheit der Hochschullehrer in den Gremien gesichert, das Mitbestimmungsrecht der Studenten kastriert (beides als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts), letzteres wird jetzt durch das Hochschulrahmengesetz noch weiter beschnitten.

- Die Regierungen, die zwar großartig Gesetze erließen (wie HUG und HHG (hessisches Hochschulgesetz)) und, wenn sie progressiv erscheinen wollten, auch etwas von Bedenken "der gesellschaftlichen Folgen der wissenschaftlichen Erkenntnisse" hinein schrieben (§ 6 HUG, nov. Fassung 1974); waren unfähig, diese Forderungen nach Gesellschaftsbezug in der Praxis durchzusetzen. Sie gingen im Gegenteil sogar dazu über, Instrumentarien zu schaffen, die gerade diese Forderung zu erfüllen in Zukunft fast unmöglich machen. Durch das HRG werden Regelstudienzeit und Ordnungsrecht eingeführt. Erstere läßt gerade noch Zeit, Fakten anzusammeln und dient so der Dequalifizierung; das zweite öffnet der Willkür Tür und Tor, denn wenn ein Student kommt und etwa fragt, welche gesellschaftlichen Folgen denn das haben könne, was er da lernt und dann vielleicht noch die Unverfrorenheit besitzt, auf die Beantwortung seiner Frage zu bestehen, ist das bereits ein Grund, ihn als Störer vom Unterricht auszuschließen. Alles für die Freiheit von Forschung und Lehre!

Aber damit der Reformansatz nicht verloren geht, der ganz zu Anfang mal zu sehen war, hat man jetzt Studienreformkommissionen eingerichtet (zumindest hat man sie so genannt). Dort haben bezeichnenderweise die Vertreter der Industrie ein großes Mitspracherecht (einerseits haben sie selbst Vertreter dort, andererseits handeln die Vertreter der Hochschullehrer gewöhnlich auch noch in deren Interesse, sind sie doch wirtschaftlich häufig in starkem Maße von der Industrie abhängig, s. o.). Die Vertreter der Studenten und der wissenschaftlichen Mitarbeiter haben demgegenüber kaum eine Chance, ihre Forderungen dort durchzusetzen. Was bei dieser Konstellation herauskommt, ist bereits jetzt abzusehen: Den Hochschulen werden Studiengänge aufgezwungen, die Forderung nach Bedenken der Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse wird wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Man kann wohl unterstellen, daß hier eine starke Industrielobby am Werke war.

Aus dieser Kritik heraus bildeten sich Arbeitsgruppen, die sich mit der Reform des Studiums beschäftigten, und aus deren Auseinandersetzung mit den traditionellen Studiengängen lassen sich heute grob folgende Forderungen an einen Studiengang ableiten, die hier zunächst sehr allgemein aufgeführt seien:

Zum einen empfiehlt sich sicher die Vermittlung von Fachwissen, denn ohne dieses ist eine fundierte Auseinandersetzung im allgemeinen nicht möglich, bzw. nicht ohne weiteres möglich. Dies darf aber nicht abgehoben geschehen, sondern muß unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Randbedin-

gungen bei der Entstehung von Wissenschaft erfolgen; dies beinhaltet so etwas wie eine historische Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftsprozess (warum wurde gerade zu einer ganz bestimmten Zeit auf einem ganz bestimmten Gebiet geforscht), und die Frage, in wessen Interesse hier geforscht und gelehrt wird (daraus läßt sich die Forderung nach einem politischen Mandat ableiten).

Etwas aufgeschlüsselt ergeben sich so folgende Forderungen an ein Studium, die sicher noch ergänzungsfähig und diskutierbar sind:

Ein Studium muß neben der Vermittlung von Fachwissen Informationen vermittel über

- daß und wie beim Lernen in der Universität neben einer Wissensanreicherung gemäß den offiziellen Lernzielen auch Verhaltensweisen eingeübt werden (z. B. Anpassung, Konkurrenz etc.).
- gruppendynamische Prozesse und über Methoden eigenen und fremden Verhaltens.
- Fragestellungen und Gegenstandsbereich, Theorien und Methoden verschiedener Wissenschaften.
- Forschungssystematik, der aktuellen Forschung, Entwicklung neuer Techniken und über den Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis.
- Wissenschaft unter bestimmten gesellschaftlichen Randbedingungen und die Funktion der wissenschaftlich technischen Intelligenz.
- Frage der Verantwortlichkeit von Wissenschaftlern.

Diese Informationsvermittlung ist Voraussetzung für die Umsetzung folgender Anforderungen:

Ein Studium muß dazu befähigen

- den spezifischen Charakter und Geltungsbereich wissenschaftlicher Aussagen zu erkennen.
- die Studienbedingungen zu erkennen, sie in Frage zu stellen und notfalls zu ändern.
- sich Kriterien für eine selbständige Auswahl von Lernzielen und Studieninhalten zu schaffen.
- sich kritisch mit Forschungsergebnissen auseinanderzusetzen und sich intensiv mit den daraus ergebenden Fragen zu beschäftigen.
- zu erkennen, daß Hochschulausbildung Berufsausbildung ist und sich Wissen über notwendige Berufsqualifikationen zu erarbeiten und diese in Frage zu stellen.
- den gesellschaftlichen **und politischen Zusammenhang** des Studiums zu erkennen.

Daraus soll ein Studiengang resultieren, bei dem sicher Fachwissen vermittelt wird, der aber im Gegensatz zu den Studiengängen der Vergangenheit ein dynamisches Element beinhaltet. Dadurch wird dieser einer ständigen Überprüfung unterworfen und die Möglichkeit zur ständigen Studienreform geschaffen. Dies läßt sich der kopflos durch gesetzlichen Druck zur Zeit erfolgenden Studienreform entgegensetzen, denn diese wird Studiengänge bringen, die, obwohl unausgereift und nicht ausdiskutiert, festgeschrieben werden sollen.

Ein erster konkreter Ansatz zur Verbesserung der Studienbedingungen unter Berücksichtigung der o. g. Forderungen an ein Studium wird sich möglicherweise durch den Orientierungsbereich schaffen lassen. Die Basisgruppen haben gerade in diesem Bereich in der jüngeren Vergangenheit sehr intensiv gearbeitet und praktikable Vorschläge zur Ausgestaltung gemacht.

Diese bezogen sich nicht nur auf traditionelle Lehr- und Lernformen, die da sind Vorlesungen und Seminare, sondern es wurde versucht, Formen wie Plan- und Rollenspiele, Erkundungen (z. B. Rallye statt Institutsführung), Befragungen etc. an die Stelle von Vorträgen zu setzen, um so Informationen besser austauschen zu können (man kann z. B. zwar einem Studenten erzählen, daß es Fachschaften und Fachbereichsräte gibt, über das Zusammenwirken dieser hat er dann aber noch keine Vorstellung; dies läßt sich aber in einem Planspiel zeigen).

In einer Orientierungseinheit sollen die Grundlagen für ein nach den aufgeführten Zielen sinnvolles Studium geschaffen werden. Orientierungseinheiten bieten sich an zu Beginn des Studiums und zu Beginn des zweiten Studienabschnitts, zu Beginn in jedem Falle als Blockveranstaltung, um den gewöhnlich in der Masse isolierten Studienanfängern den Übergang von der Schule zur Hochschule zu erleichtern und der Vereinzelung entgegenzuwirken. Zudem soll die Form der Wissens- und Informationsvermittlung den Studenten zum selbständigen Handeln ermuntern.

Die Ziele einer Orientierungseinheit ergeben sich somit auch aus den Schwierigkeiten der Erstsemester und dienen vor allem deren Aufhebung.

Diese Schwierigkeiten sind grob folgende:

- Isolierung in der Masse, Kontaktschwierigkeiten
- Aufnahme und Verarbeiten von Informationen
- mangelhafte Studienorientierung
- diffuse Berufsvorstellungen

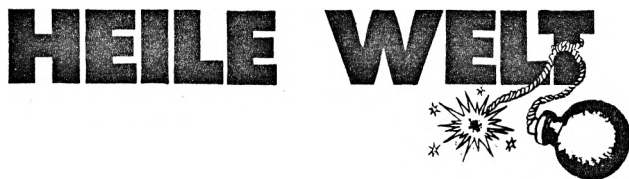
Dem entgegen wird in einer Orientierungseinheit gesetzt:

- Studienberatung durch Eläuterung von Zuständigkeiten, Vermittlung von Informationsquellen, Beseitigung von Fehlinformationen und Mißverständnissen etc.
- Die Einführung in Aspekte der Gruppenarbeit fördert die Selbständigkeit der Studenten
- erste Kontakte mit dem Berufsfeld können Berufsvorstellungen korrigieren und zur Beschäftigung mit Berufsfragen führen
- Einführung in Probleme der Fachwissenschaft
- Einführungen in Institutionen und Regeln der akademischen Selbstverwaltung und der studentischen Interessenvertretung

Die Durchsetzung gerade solcher Forderungen stößt auf Schwierigkeiten, da viele Hochschullehrer, denen durch das Karlsruher Urteil allergrößte Bestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Hochschule eingeräumt werden, Neuerungen mit Mißtrauen gegenüberstehen. Dies ist meist unbegründet und von daher um so schwerer abzubauen. Die Hochschullehrer haben zudem Schwierigkeiten mit neuen Lehr- und Lernformen, da sie sich nichts darunter vorstellen können, was zum Beispiel ein Planspiel ist und bewirken soll, und kein Interesse daran haben, ihre Arbeit in Frage stellen zu lassen.

Dieses ließe sich noch ergänzen, doch sei hier Schluß gemacht. Hoffentlich sind die Überlegungen klar geworden und hoffentlich könnt Ihr was damit anfangen, immerhin ist die Materie recht komplex. Nichtsdestotrotz sollte damit gezeigt werden, daß die Basisgruppen an einer technokratischen Studienreform, wie sie das HRG vorsieht, kein Interesse haben und sich konkrete Gedanken machen, wie unserer Meinung nach die Ausbildung aussehen sollte. Nicht ein Student, der blind studiert ist gefordert, sondern einer der bei dem, was er tut auch an die Folgen denkt.

Nur so lassen sich die drängenden Probleme der Zukunft lösen.



Was bedeutet das HHG für uns?

Es kann hier nicht darum gehen, über Feinheiten der hessischen HRG-Anpassung zu reden, etwa die Unterschiede von CDU und SPD (Auch vom kleineren wird uns Übel). Es geht vielmehr um die Tendenz dieses Gesetzes, so wie sie im HRG verankert ist und in allen LHGen zum Tragen kommt, ob von CDU-Holzhammer-Regierungen oder SPD/FDP-Weichmacher-Koalitionen .

Bei Überlegungen zum weiteren Kampf gegen das jetzt durchgesetzte HRG muß(nochmal) der Zweck des HRG festgestellt werden.

Das Gesetz als solches ist nur der Ausdruck von Zielen, die der Staat an der Hochschule verfolgt ("dahinter steckt ein kluger Kapitalkopf"):

1. Effektivierung und Rationalisierung des Studiums

Durch Erhöhung des Studiendruckes (Regelstudienzeit) , durch Straffung des Studiums (Wegfall "überflüssiger" Vorlesungen) und durch Teilung des Studiums in Grund- und Aufbaustudium wird die Qualifikationsstruktur der Hochschulabsolventen den veränderten Anforderungen des Kapitals angepaßt. Das sind ein Heer von "Rezepteanwendern" (d.h. Leute, die mit Hilfe ihres Grundlagenwissens und bestimmter Arbeitstechniken Forschungsergebnisse anwenden können) und relativ wenigen "Rezeptemachern" (d.h. Leute, die in der Grundlagenforschung arbeiten).

2. "Fachidiotentum

d.h. Festlegung der Studenten auf ganz bestimmte Lehrinhalte, um zu gewährleisten, daß sie die ihnen später in der Industrie oder im Staatsdienst zugedachte Funktion erfüllen.

Dort, wo die Regelstudienzeit in "reformierten" Studiengängen (aufoktroziert von Studienreformkommissionen, in denen die Vertreter aus Staat und Industrie das Sagen haben) nicht verhindern kann, daß sich ein Student mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen von Wissenschaft kritisch auseinandersetzt, bleibt am Ende noch das Ordnungsrecht, um Studenten, die Lehrveranstaltungen durch unbequeme Zwischenfragen "stören", zu relegieren, oder auch die Festlegung



auf die FdGO (HRG§7), deren Ordnungsfunktion ja heute schon in zahlreichen Anhörungsverfahren und Berufsverböten zum Ausdruck kommt.

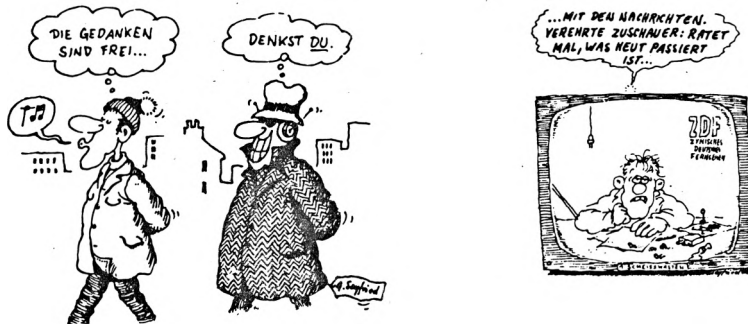
3. Verbot des (allgemein-)politischen Mandats

d.h. Isolierung der Studentenbewegung von anderen Teilen der Bevölkerung.

Es soll verhindert werden, daß sich Studenten z.B. mit Schülern und Lehrlingen solidarisieren, um gemeinsam gegen schlechte Lern- und Arbeitsbedingungen (NC, Jugendarbeitslosigkeit, und jetzt das HRG) zu kämpfen. Es soll außerdem unsere Antirepressionsarbeit (wie die Unterstützung des Russell-Tribunals) zusammen mit anderen Teilen der Bevölkerung (wie etwa vor zehn Jahren) verhindern, gerade weil sich dieses Gesetz sehr gut in den Rahmen der Zensurparagraphen 88a, 130 und sogenannter Terroristengesetze sehr gut einpaßt.

4. Angriff auf unsere Vertretungsorgane und politischen Rechte

Unsere Vertretungsorgane werden "kastriert" oder gleich ganz abgeschafft (d.h. dort wo sie nicht ganz abgeschafft werden, werden sie so stark kontrolliert, daß sie keinen "Unfug" mehr anstellen können). Und dort, wo sich trotz aller Widerwärtigkeiten unabhängige Studentenvertretungen konstituieren, soll das Ordnungsrecht noch rechtzeitig greifen können, wenn Unruhe (z. B. Streik) entsteht.



Aber trotz alledem, wo das Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Wie sieht dieser Widerstand aus ?

Über die Möglichkeit eines "Streikaufbaus" (Entscheidungsschlacht ala ML) zu reden hat sicher wenig Sinn, Angesichts der Stärke (Schäche) der Studentenbewegung wie sie sich im letzten Streik gezeigt hat und Angesichts des derzeitigen Bewußtseins der meisten

Studenten, nämlich sich schon irgendwie durchwursteln zu können.

Die andere Großraum Strategie (" Hoffen auf Biallas ")

Nivellierung des HRG (à la MSB/SHB-G-Null) ist da schon gering- 1 STERNMARSCH

füßig interessanter, wenn sie auch genauso vielversprechend ist, ^{LINKS-2-3...??} ^{LINKS-2-4...!!} wie ein "Streikaufbau" oder der "Demokratische Dialog " .

Diese Strategie würde sehr gut in die bislang von der SPD/FDP verfolgte Integrationspolitik passen. Schließlich wurde schon einmal eine sehr starke Widerstandsbewegung (die APO nämlich) dadurch wieder abgebaut, daß alle Hoffnungen auf der SPD in der Regierung ruhten, Die dann endlich die entscheidenden Reformen argehen sollte. Worunter auch die Reform der Hochschulen fiel. Das Ergebniss ist hinreichend bekannt.

Es wundert deshalb auch wenig wenn einige SPD/FDP Politiker einsehen, jetzt plötzlich, daß das was sie da verbrochen haben, wohl doch nicht so gut ist.

Bei den Berufsverboten wie beim HRG hat das bislang jedoch wenig ge-
fruchtet, nach dem der Karren ins Laufen geraten ist. Die Herren Politi-
ker sollen sich gefälligst vorher überlegen, was sie zu tun gedenken, und
nicht erst wenn die Steine schon ins Rollen gekommen sind, über ihre selbst-
gestrickte Lawine lamentieren.



Was können wir jetzt tun?

Wenn wir weiterhin eine Strategie der auf das Gesetz fixierten Massen-
aktionen verfolgen, die vom Einsatz und der Schufterei weniger Aktiver
und der passiven Zustimmung durch die Mehrheit der Studenten leben, dann
werden wir weder das HRG/LHG zersetzen können noch die Ziele des Staates,
die hinter der Gesetzeslawine stecken, durchkreuzen können. Vielmehr muß,
um überhaupt zu sinnvollen und dann auch größeren Aktionen kommen zu kön-
nen, der Widerstand an der "Basis", das heißt an den einzelnen Fachberei-
chen, in Lehrveranstaltungen aller Hochschulen verstärkt werden.

Das heißt konkret.

1. Der schon weitgehenden Gewöhnung an die beschissenen Zustände muß eine tagtägliche Widerstandspraxis auf allen Gebieten unseres Studiums entgegengesetzt werden, wo wir hohe Durchfallquoten, Scheinverweigerungen durch die Profs, politische Zensurierung von Referaten und Studienarbeiten und bald Regelstudienzeiten und eine Erhöhung der Wochenstundenbelastung feststellen werden. Wir dürfen nicht mehr einzelne Kommilitonen in die Gremien schicken, sondern müssen mit einem Massenaufmarsch zeigen, daß wir keine weiteren Verschlechterungen mehr hinnehmen. Es wird sich dabei herausstellen, ob die Profs ihr Wort halten, das sie im Konvent gegeben haben, oder ob wir sie daran erinnern müssen. Wir müssen den wenigen Profs, die auf unserer Seite stehen, zeigen, daß wir sie nicht hängen lassen.
2. Wissenschaftskritik, das heißt Kritik der Lehrinhalte und Lehrformen. Wir müssen uns gegen die Massenvorlesungen wehren, gegen zu große Übungsgruppen, gegen das Herunterleiern von Lehrstoff, den dann kaum einer versteht. Wir wollen am Lernprozeß aktiv teilnehmen, um selbst überprüfen und entscheiden zu können, was davon brauchbar ist, was Schikane. Wir müssen sowohl jetzt als auch später an der Aufhebung der Entfremdung der Wissenschaft (siehe zum Beispiel Artikel über Ökologie) teilnehmen zu können. Das brauchen wir auch, um frühzeitig unsere spätere Berufspraxis einschätzen zu können, das heißt nicht wehrlos einer spezifischen Arbeitsmarktlage ausgeliefert zu sein. Hierzu müssen wir die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe unserer Ausbildung und der Hochschulentwicklung zu Rate ziehen.
3. Wir müssen öffentlich kundtun, wie wir über uns und die bundesdeutsche Gesellschaft und internationale Entwicklungen denken: das heißt, wir müssen das politische Mandat konsequent wahrnehmen. Der Rechtsradikalismus hat in den letzten Jahren zugenommen. Ein Gericht in Baden-Württemberg hat die NPD für nicht "verfassungsfeindlich" erklärt. Faschistische Banden entwickeln sich zu Terroristenorganisationen und trotzdem erklärt der Verfassungsschutz und das Innenministerium "Der Rechtsradikalismus ist harmlos, die Gefahr geht von links aus". Dazu dürfen wir nicht schweigen, wir müssen auch mit antifaschistischen Gruppen zusammenarbeiten.
4. Wir müssen uns gegen die allgemeine Repression zur Wehr setzen. Hierfür sind viele Gruppen außerhalb der Hochschule betroffen. Seien es nun Berufsverbote, von denen nicht mehr nur Akademiker betroffen sind, oder die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit wie Demonisationsverbote, Zensur von Zeitungen und Literatur, die sich kri-

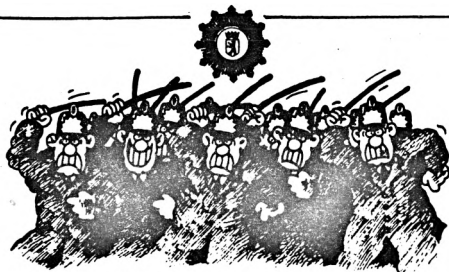
tisch mit den bestehenden Verhältnissen auseinandersetzt, oder die Aussperrung von streikenden Arbeitern. Wir müssen enger mit den betroffenen Gruppen zusammenarbeiten, da wir nur mit außerhochschulischer Unterstützung unsere Situation verändern können. Dies gilt insbesondere für Teile der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen.

5. Unser (strategisches) Ziel muß es sein, die Widerstandsstrukturen in jedem Fachbereich zu stärken. Das heißt, aus den Orientierungseinheiten, aus guten Proseminaren und ähnlichem müssen Semester- und Seminargruppen, Studienkollektive, Fachbereichsgruppen und neue Basisgruppen entstehen. Erst auf der Grundlage einer solchen Basisarbeit (siehe auch Punkt 1), die tatsächlich auch den Großteil der Studenten mit einbezieht, politisch aktiviert und die Diskussionen um die Hintergründe der staatlichen und wirtschaftlichen Eingriffe aus einem begrenzten "Insiderkreis" herausholt, Vollversammlungen nicht nur vor einem Streik zu einer grossen Versammlung werden läßt, können wir zu Massenaktionen schreiten, die nicht nur öffentlichkeitswirksam sind, sondern mit denen wir auch etwas durchsetzen.

DEMONSTRATIONEN...



Zu dumm!



... AUF DIE DIE POLIZEI MIT GELASSENHEIT UND PSYCHOLOGISCHEM GESCHICK REAGIERT.

ÖKOLOGIE - ERHALTUNG UNSERES LEBENSRAUMES



Die westlichen Industrienationen befinden sich nicht nur in einer wirtschaftlichen Krise, sondern immer immer mehr wird durch die Expansion der Industrie, der Infrastruktur und der Absatzmärkte, kurzum unsere "vielgeliebte Zivilisation" ein bedenklicher Einbruch in den Lebensraum der Menschen - von der Natur ganz zu schweigen - vollzogen. Ob es der Bau von Atomkraftanlagen, Stadt- oder Landautobahnen, die Lagerung von hochgefährlichem Giftmüll oder etwas ähnliches ist, immer ist es der Mensch (und die Natur), der sich an die Sachzwänge der Technik, des wirtschaftlichen Wachstums, letztlich der Kapitalverwertung anpassen.

Die Ursachen dieser Entwicklung, die das Leben in den Industrieländern immer un-menschlicher werden läßt, sind reichlich komplex. Wenn wir uns außer den oben genannten Auswüchsen noch die Produkte unserer "Wegwerfgesellschaft" anschauen, die Einwegflaschen, die Plastikwaren, die Autos, also Waren, die zunehmend wertloser und kurzlebiger werden, so erkennen wir ein vortreffliches Zusammenspiel von dem, was hierzulande "Wissenschaft" genannt wird und denjenigen Interessensgruppen, die für die industrielle Produktion verantwortlich sind: das Kapital. Gerade die Ingenieurwissenschaften, die ein Kernstück der mit der sog. Hochschulreform eingeführten Neuartigkeit der "wissenschaftlichen" Ausbildung und des "Wissenschaftlers" bilben, liefern die Grundkenntnisse, die Voraussetzungen sind, die eine derartige Entwicklung zuließen. Als Studenten einer technischen Hochschule müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, ob nicht die Rationalisierung des Wissenschaftsbetriebs nicht gerade aus diesem Grund durchgeführt wurde. Haben nicht gerade die Zweige der Wissenschaft, die sich mit alternativen Konzepten zur momentan vorherrschenden Technologie beschäftigen an "Marktwert" verloren? Sind nicht gerade diese Gebiete der Entrümpelung der Studienrichtungen zum Opfer gefallen?

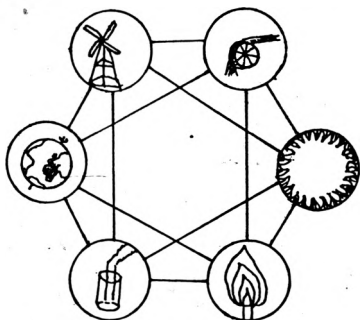
Die Bewegung gegen die Kernkraftwerke und die Zerstörung der Umwelt hat nun eine beachtliche Anzahl von Naturwissenschaftlern in sich aufgenommen, die außerhalb der etablierten Institute und staatlichen, wie privaten Forschungseinrichtungen wissenschaftlich fundierte Gutachten erstellt, die die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Entwicklung aufgezeigt haben. Die eigentliche, humane Wissenschaft wird also zunehmend außerhalb der offiziellen Hochschulforschung betrieben. Welche Zukunft hat die offizielle Wissenschaft, die sich beispielsweise mit dem wohl gefährlichsten Projekt des Atomenergie - Programms - der Wiederaufbereitungsanlage für den KKW-Typ Schnelle Brüter - beschäftigt? Wird hier "wissenschaftlicher Notstand" verwaltet oder starrt die Wissenschaft auf bombensichere Lösungen so gebannt, wie der Laubfrosch auf die Schlange? Die Verschiedenartigen Betriebsunfälle in den Leichtwasser-KKW's haben bewiesen, je größer der technische Apparat ist, der die Funktion und die Sicherheit des KKW's garantieren soll, um so fehleranfälliger wird die Kontroll- und Sicherheitsanlage (Beispiel Grundremmungen!).

Zur Expansion der Kernenergie verleitete die Erkenntnis, daß die Energiegewinnung

über Mineralöle nur noch wenige Jahrzehnte ausreichen wird und die Abhängigkeit unserer Gesellschaft von hohem Energieverbrauch. Also auch hier eine Sachzwang-logik, die nicht mehr die Infragestellung des hohen Energieverbrauchs und die Möglichkeit des Lebens in Massengesellschaften ohne Verschwendung an Rohstoffen zuläßt. Unter solchen Voraussetzungen der Organisation der Produktion und der Güterverteilung, des Wirtschaftswachstums scheint der "friedliche Weg in die Katastrophe" unaufhaltsam. Das Energiesparprogramm der Bundesregierung, das finanzielle Unterstützung für denjenigen vorsieht, der bereit ist, weniger Energie zu verbrauchen, wagt sich keinen Zentimeter an die eigentlichen Ursachen heran. Wir wollen uns aber hier nicht den Kopf von Regierungen zerbrechen, die in letzter Konsequenz nicht bereit und in der Lage sind, einen für die Zukunft entscheidenden Mißstand stabil zu beheben.

Aber nicht nur der Lebensraum ist bedroht. Wir sehen im A t o m s t a t eine Gefahr der D i k t a t u r. Denn die neue Atomtechnologie hat nicht nur einen marginalen Platz für den Menschenübrig gelassen, sondern gleichzeitig mit der Atomtechnologie sind die Staaten zu perfektsten Überwachungs- und Kontrollstaaten über den Staatsbürger geworden. Daß die Terroristenbekämpfung nur als Vorwand genommen wurde für den Ausbau des Verfassungsschutzes, der "Sicherungsgruppe Borm" und des Bundesgrenzschutzes, erkennt langsam auch der Spiegel und der Stern. Wir wissen, daß es Menschen gibt, die machtgierig und skrupellos sind, daß man mit ein paar Kilo Plutonium die Menschheit vernichten kann und daß solche Menschen mit Plutonium in der Lage sind, die gesamte Menschheit zu erpressen und notfalls zu unterdrücken. Das klingt zwar sehr überspitzt ist aber durchaus nicht so unrealistisch....

Schon allein aus dem bisher gesagten folgt für uns die Notwendigkeit einer Alternative zu den bestehenden Verhältnissen. Wir akzeptieren kein scheinbares "kleineres Übel" auch keine partiellen Lösungen, mit denen immer nur ein bescheidener Teil dieses Dilemmas behoben oder gelindert werden kann. Wer so denkt muß sich den Vorwurf gefallen lassen, dem Zeitgeschehen und der Zukunft gegenüber gleichgültig zu sein.



KOZ

Um einmal zu verdeutlichen in welchen Bereichen der Hochschule die Bg. arbeiten können(müssen), sei hier auf das Beispiel einer "Kommunikationszentrums" Ag. verwiesen, die sich während des letzten Streiks im WS 1977/78 am Fb.2 gebildet hatte.

Viele am Fb.2 sehen und sehen es als einen Mangel an, daß am Fb.2 keine Möglichkeit vorhanden war mit den anderen Kommilitonen und Kommilitoninnen in Kontakt zu treten, daß dieser, wenn überhaupt, sich nur auf ein seminarisches "Hallo" oder "Hi Gude, wie?" beschränkte. Eine Gruppe von Studenten machte sich dieses Manko zunutze, und stellte die Forderung nach einem "Kommunikationszentrum" auf, daß Möglichkeiten bieten sollte, bei einer Tasse Kaffee oder Tee, sich untereinander besser kennenzulernen. Leider scheiterten die bisherigen Pläne dieser Arbeitsgemeinschaft, da es doch recht schwierig ist einen geeigneten Raum zu finden.

Fuzzy

DIE POLITIK DES ASTA

Der ASTA ist bekanntlich der ständige Arbeitsausschuß der Studentenschaft und um seine Arbeit zu beleuchten, d.h. notfalls auch zu kritisieren, um Fehler zu erkennen, müssen mehrere Dinge vorab benannt werden:

Der ASTA ist ein Koalitions-ASTA aus Jusos und Basisgruppen und dem Ausländerausschuß. Der ASTA ist gebunden an die Beschlüsse des StuPa und an die TH-Vollversammlung. Auf dieser Grundlage kann er eigenständig handeln zum einen nach Innen (was die Belange der TH-Studenten betrifft) zum anderen nach außen auf der Konferenz der hess. Studentenschaften, der Mitgliederversammlung der VDS oder in der Öffentlichkeit.

Schon die Bildung eines ASTA in der momentanen Situation (bisherige StuPa - Wahlergebnisse) verlangt offenbar von den relevanten Gruppen ein gewisses Maß an taktischer Raison (Kompromisse und Fingerspitzengefühl etc.). Die Basisgruppen, deren Ziel es ist, eine unabhängige linke Politik, d.h. eine weitgehend selbstverwaltete Hochschule ohne Eingriffe von Seiten der Hochschulverwaltung (etwa des Vermögensbeirats) oder des Kultusministeriums oder

gar irgendwelcher politischer Parteien wie CDU, SPD, FDP, DKP, KBW etc. zu machen, sehen nur geringe Ansatzmöglichkeiten bei den anderen hochschulpolitischen Gruppen. Die Selbstverwaltung der Hochschule muß frei sein von fremden Interessen.

Die Juso-Hochschulgruppe, deren Ziele immer mehr zerrinnen zwischen den verschiedenen Interessensgegensätzen, mit denen sie konfrontiert sind - etwa SPD-Landtagsfraktion, Hochschulverwaltung (Boehme!) auf der einen Seite und die immer schlechter werdende Situation der Studenten auf der anderen Seite - zentralisieren sich immer mehr auf ASTA, Stupa, Konvent und verlassen immer stärker die eigentliche Problemebene: die Situation und Interessen der Studenten.

Während die Basisgruppen versuchten aus der unmittelbaren Situation der Studenten Probleme aufzugreifen, die jeder spürt und deren Ursachen wir radikal (d.h. von ihrer Wurzel her) ändern wollen, sind die Jusos aufgrund der verschiedenen Interessensgegensätze, in denen sie sich befinden, gezwungen, sich dem taktisch entgegenzustellen, sofern sie selbst Schwierigkeiten aus der eigenen Partei zu erwarten haben. Tritt eine solche Situation ein, dann bilden sie einen gemeinsamen Block mit dem RCDS. Dies geschah beispielsweise bei der ASTA-Wahl vor einem Jahr aber auch bei diversen Sachfragen.

Unter solchen Gesichtspunkten ist die derzeitige ASTA-Politik zu sehen: Während die Basisgruppen im ASTA sich um die sozialen Belange der Studenten (Sozialreferat) und um die Koordinierung der Fachschaftsarbeit (Fachschaftsreferat) bemühen, beherrschen die Jusos das Finanz-, Informations- und Hochschulreferat.

Selbst wenn wir damit einige Leute enttäuschen sollten, müssen wir eingestehen, daß wir als Basisgruppen in diesem bescheidenen Rahmen der ASTA-Arbeit nur wenige Möglichkeiten wahrnehmen konnten und daher gezwungen waren, unsere Hauptarbeit - wie eh und je - in die Fachschaftsarbeit zu stecken. Mit dem Mittel der peinlichen Kontrolle der Finanzen (Finanzreferat) und der Kanalisierung der Informationen (Informationsreferat) sowie der unkontrollierten Mäuschelpolitik mit einer mühsam aufgebauten und kurzlebigen Lobby (siehe auch weiter unten) in der Hochschulverwaltung (Hochschulreferat) läßt sich ein wesentlicher Teil der ASTA-Arbeit von den Jusos her bestimmen. Wie lange noch ?

Das ist zwar alles schon schlimm genug, aber es kommt noch dicker: Betrachten wir einmal die Geschehnisse seit Beginn des Wintersemesters 77/78. Da war der Streik im November/Dezember, wobei das

Interesse der ASTA-Jusos nur soweit ging die Urabstimmung vorzubereiten und eine (nicht gerade schlechte) Flugblattserie über das Landeshochschulgesetz herauszugeben. Als dann aber die Fachbereichsstreiks stattfanden, bereitete sich der ASTA auf den Krollmann-Besuch vor. Hier argumentierten die Jusos mit gespaltener Zunge: auf den Vollversammlungen wurden die FB-Streiks, die von den Aktivisten vorbereitet wurden wärmstens empfohlen aber die praktische Arbeit hatte eher den Tenor: "Löffelt mal eure Suppe (gemeint ist der Streik) selbst aus" (Zitat).

Auf Drängen der Jusos mußte dann die UNEF aus Frankreich angekarrt werden, um nach französischem Vorbild die Möglichkeit einer Studentengewerkschaft zu diskutieren, eine Geschichte, die offenbar niemanden interessiert hatte, außer ein paar ALT-Jusos.

Der ASTA hatte dann auf unser Betreiben hin gegen Ende des letzten Semesters die Demonstration der Hochschullehrer in Hannover gegen die Suspendierung des Psychologieprofessors P.Brückner unterstützt und ebenfalls die Prozesse gegen die Herausgeber des Bubach-Nachrufs verurteilt. Ebenso erschien ein mageres Flugblatt zum Russel-Tribunal. Unsere Jusos mußten sich eben an Vereinbarungen, die sie mit uns getroffen hatten halten. Die Unterstützung des Russeltribunals war nur möglich gewesen, weil auch die Jusos anderer Hochschulen auf die hiesigen Druck ausübten.



Anstatt daß sich der ASTA in den Semesterferien Gedanken darüber machte, wie man die Resignation der Studenten nach dem Streik aufheben könne, wurden die ASTA-Räume renoviert und ein neuer

Druck-Kopierer angeschafft, was insgesamt eine Unmenge von Zeit verschlang. In den Basisgruppen wurde diese wichtige Frage der Aufhebung der Resignation diskutiert, wähen die Jusos nach eigenen Angaben diese überhaupt nicht als Problem anerkennen.

Riskant wird die ASTA-Politik dann, wenn vom KuMi Maßnahmen erfolgen, die die Studentenschaft betreffen und der ASTA macht sie nicht öffentlich. So soll der Asta die Heiz- und Raumnutzungskosten für die Räume der Studentenschaft übernehmen, was bislang die Verwaltung übernommen hatte. Diese fehlenden 50.000 bis 70.000 DM können die Selbstverwaltung der Studentenschaft ziemlich lahmlegen. Der ASTA suchte anstatt der Öffentlichkeit den Rechtsweg und verbaute sich die breite Solidarität.

Einig sind sich Jusos und Basisgruppen in einem sehr wesentlichen Punkt (solche Punkte müssen existieren, da sonst eine Koalition nicht möglich ist): Eine Novellierung des HRG, also eine Neufassung bringt keinerlei Fortschritt und das aus mehreren Gründen:

1. ist unter dem momentanen politischen Klima in der BRD von den Parteien nichts besseres zu erwarten.
2. ist das öffentliche Interesse an der Hochschulausbildung durch die Hetze der Massenmedien (Terroristensumpf etc.) gesunken und die Hochschule ist in die Abseitslage eines Ghettos geraten.
3. ist die Hochschulausbildung auch ohne HRG gesellschaftlich entwertet worden, da die Qualität der Ausbildung merklich gesunken ist.

4. birgt die Novellierung die Gefahr in sich, daß nur an einigen Schönheitsfehlern kosmetische Veränderungen vorgenommen werden aber letztlich doch keine tatsächliche Demokratisierung der Ausbildung und Humanisierung der Wissenschaft stattfindet.

Die Jusos betreiben Augenwischerei, wenn wie in den letzten Wochen sie ihre Landtagsabgeordnete an die Hochschule zitieren und unter der demagogischen Fragestellung "Läßt sich noch etwas am HRG verhindern" zu einer Veranstaltung einladen. Das ist eher schon ein sehr zweifelhaftes Wahlkampfmanöver

Multiple-Choice-Test: Wie haben Sie auf die ASTA-Arbeit reagiert?



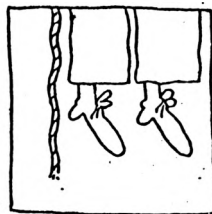
A O



B O



C O



D O

Wie sollte nun eine gute ASTA-Arbeit aussehen?

(Was jetzt kommt kann natürlich ein ausgearbeitetes ASTA-Programm nicht ersetzen!!)

1. Prinzip der radikalen Öffentlichkeit

das heißt, daß der ASTA über alles **Wichtige** informieren muß auch und gerade über seine eigenen **Unfähigkeiten** und **Schwierigkeiten** bei der **Durchsetzung** seiner politischen Aufträge. Der ASTA sollte seine Entscheidungen inhaltlich begründen und seine Motivationen offenlegen.

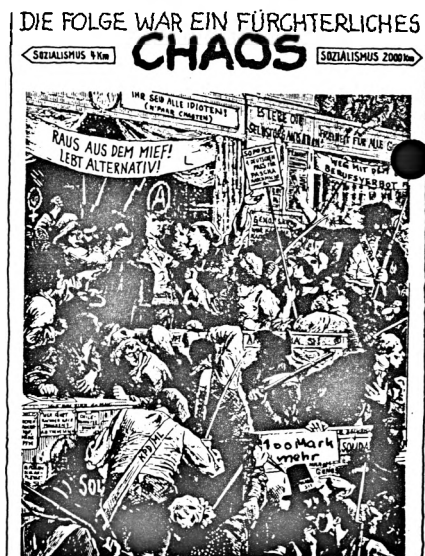
2. Der ASTA muß insbesondere zur politischen Information der Studentenschaft beitragen, d.h. das politische Mandat wahrnehmen.

3. Der ASTA muß **studentische** Initiativen fördern, muß dazu beitragen, daß das Interesse in der Studentenschaft an der unmittelbaren Wahrnehmung eigener Interessen gegenüber fremden Eingriffen (Kumi, Vermögensbeirat, Fachbereichsrat, Verwaltung, Industrie etc.) ansteigt. In seiner Rolle als Exekutivorgan muß er die Arbeit der Fachschaften unterstützen.

4. Der ASTA sollte ebenso wie die Fachschaften es sind über die Entwicklung der Hochschule, die Verantwortung der Wissenschaft informiert sein und die Studentenschaft informieren. Hierzu ist es erforderlich mit Gruppen außerhalb der Hochschule zusammenzuarbeiten: mit Ingenieuren, Lehrern etc., die bereits berufstätig sind, mit Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen, die einen wesentlichen Bereich der Verwertung von "Wissenschaft" abdecken und uns wichtige Erfahrungen vermitteln können.

1. ordentliche StuPa-Sitzung
Wahl des neuen ASTA

**FEST-
NAHMEN**



He, he, he (oder oweh?) ESPEDE



Die Juso-Hochschulgruppe (JHG) stellt im Stupa die zweitstärkste Fraktion und bilden gemeinsam mit den Basisgruppen seit Jahren

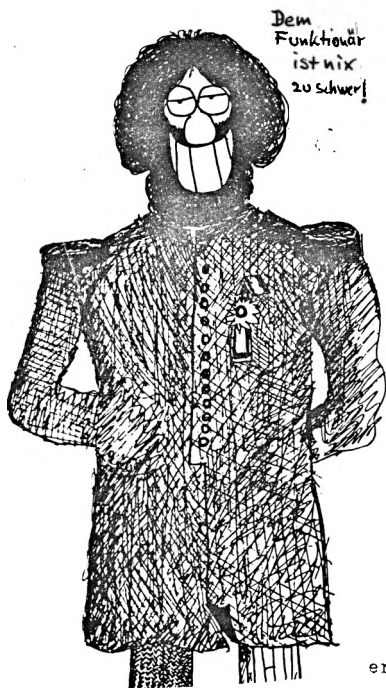
den AstA. Dieses Verhältnis ist jedoch nicht ungetrüb und frei von Konflikten, wie es nach Außen häufig scheinen mag. Dieser latent vorhandene und hin und wieder einmal ausbrechende Ärger über die Jusos ist vor dem Hintergrund unseres unterschiedlichen Politikverständnisses zu sehen. Nachdem wir unser Selbstverständnis bereits in Umrissen dargestellt haben, wollen wir hier auch noch einmal kurz auf die Politik unserer Jusos eingehen.

Der zahlenmäßige Einfluß, den die Jusos im Stupa und somit auf den AstA haben, kann sich in keiner Weise auf eine dementsprechende Basis unter den Studenten und in den Fachschaften stützen. Um ihre derzeitige Machtstellung einnehmen zu können, sind die wenigen Aktivisten daher gezwungen ihre Arbeit auf die zentralen Gremien (AstA, Konvent) zu konzentrieren. Schon für das Studentenparlament scheinen die notwendigen Leute zu fehlen, so daß Kandidaten zu diesem Gremium wohl recht wahllos aufgestellt werden. (Hauptsache es sind genügend Leute auf der Liste) Daß hierbei auch einige unsichere Kameraden ins Stupa einziehen, denen bei etlichen Abstimmungen der RCDS näher steht als die eigene Fraktion ist unter diesen Voraussetzungen nicht weiter verwunderlich.

Die Ursache der regelmäßigen Wahlerfolge unserer Jusos ist daher nicht auf die gelungene Praktizierung der sog. "Doppelstrategie" (d.h. einer gleichzeitigen Mobilisierung des Widerstandes an der Basis sowie der Instrumentalisierung der SPD für derartige Bewegungen und die institutionelle Absicherung des dort erkämpften) zurückzuführen, die Jusos können sich viel mehr darauf verlassen, daß ihnen allein ihr Name genügend Wählerstimmen einbringt, unabhängig davon was unter diesem Namen getan wird, bzw. ob überhaupt etwas getan wird. (Dies war wohl auch der entscheidende Grund weshalb sich die an der THD völlig einflußlose rechtstrotzkistische Sekte "Junge Garde" (Allseits lebt durch die Parole "Für eine SPD-Alleinregierung!") vor mehreren Semestern entschloß eine Juso-Gruppe an der TH zu gründen und darin aufzugehen.)

Die Jusos verstehen es auf diese Weise zwar im Wesentlichen das Bild der Darmstädter Studentenschaft nach Außen hin zu prägen (Resolutionen, Presse-erklärungen, Veranstaltungen), ihr Einfluß beschränkt sich jedoch lediglich auf die Späre bürgerlicher Öffentlichkeit. Fürsprecher in der Parteihierarchie, Berichterstattungen in den bürgerlichen Medien und die Besetzung möglichst vieler Posten in zentralen Gremien mag den Jusos zwar die Illusion einer realen gesellschaftlichen Kraft verleihen, versetzt sie jedoch nicht in die Lage neue Impulse, die in den täglichen kleinen Auseinandersetzungen an der Basis und in den daraus hervorgehenden übergreifenden spontanen Bewegungen

zu Tage treten aufzunehmen und aufzuarbeiten; ja es setzt sie nicht einmal in die Lage ihre eigene abgehobene Stellvertreterpolitik wirksam abzusichern. Die Haltung der Jusos während des letzten Streiks zeigt deren Dilemma besonders deutlich. Während in einigen Fachbereichen trotz des leidigen Urabstimmungsergebnisses selbstständig gestreikt wurde, zeigten sich die Jusos dieser Bewegung gegenüber als völlig hilflos. Während sie hierzu keine Worte fanden (von Taten ganz zu schweigen), konzentrierten sie ihre gesamten Aktivitäten auf die Vorbereitung einer Veranstaltung mit unserem KuMi, dem Genossen Krollmann, dem hierbei der Unmut und vor allem aber die sachlichen Argumente der Studenten u.a. Hochschulangehöriger drastisch vor Augen geführt werden sollte. Studentische Aktions- und Kampfformen verkommen hierbei zu einer Drohgebärde frei in der Luft schwebender Funktionäre, welche diese je nach Wunsch einsetzen oder im Hintergrund halten (wollen).



Das Ziel hierbei ist es, jeweils durch Bündnisse, Kompromisse und Mauseheilen mit liberalen Teilen der Hochschulbürokratie bzw. mit fortschrittlichen Teilen der Sozialdemokratie für die Studenten Verbesserungen durchzusetzen bzw. Verschlechterungen zu verhindern.

Nun lehnen wir derartiges keineswegs ab. Wenn die Studenten heute etwas erreichen wollen, kann es nur geschehen indem auch derartige Gremien entsprechende Beschlüsse fassen. Dabei ist es sicherlich von Vorteil, dort auch von anderen Gruppen (Profs etc.) Unterstützung zu erhalten. Gefährlich wird es jedoch, wenn dies zum fast ausschließlichen Betätigungsfeld einer HS-Gruppe wird, die selbst keinen Rückhalt bei der studentischen Basis besitzt, und sich daher darauf beschränkt, für die eigene abgehobene STELLVERTRETER-POLITIK in den hohen Gremien noch höhere abgehobenere Stellvertreter zu suchen.

In Zeiten einer günstigen ökonomischen und politischen Konjunktur vermag ein derartiges Handeln u.U. eine Reihe von Reformen, Reformchen und sonstige Kleinverbesserungen zu initiieren. Wenn jedoch, wie derzeit im Zuge einer ökonomischen Krise, oder wie vielleicht bald durch einen politischen Machtwechsel dieser Spielraum eingeengt wird,

erweist sich eine derartige Strategie jedoch als unfähig diese Verbesserungen auch gegenüber reaktionären Angriffen zu verteidigen, da sie hierfür notwendige konfliktbereite Basis fehlt.

Unsere Darstellung des HS-Standes unweigerlich vor dem Ruin ihrer ganzen Politik, wenn bei den nächsten Konventswahlen die liberale Fraktion der Profs zum HS-Präsident Böhme unterliegen sollte oder unsere sozialliberale Landesregierung im Herbst den Hut nehmen müßte. Verhandlungen und Kompromisse mit den dann

bestimmenden Dunkelmännern dürften wohl auch nach Einschätzung der Jusos wenig Aussicht auf Erfolg haben. Da jedoch beides im Rahmen des Möglichen ist, fragen wir - keineswegs schadenfroh - worauf sich die Jusos in einem solchen Fall noch stützen wollen. Derzeit tun sie nichts um auf eine derartige Situation vorbereitet zu sein. Dann wird es jedoch nicht mehr genügen in den Gremien wohl klingende Resolutionen einzubringen und Diskussionsveranstaltungen mit sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzen zu organisieren. Ein solcher dann notwendiger Widerstand muß getragen werden von einer aktiven, zum selbständigen Denken und Handeln fähigen studentischen Basis, was zu unterstützen den Jusos heute zumindest einiges Kopfzerbrechen bereitet, könnte dies doch den einen oder anderen taktischen Schachzug stören.

Die Tauglichkeit der Juso-Strategie bezweifeln wir jedoch nicht erst im Falle einer CDU-Regierung oder einem entsprechenden Wechsel an der THD. Auch heute, wo die Liberalen an der TH den Ton angeben und die Bildungspolitik von Sozialdemokraten bestimmt wird, sind wir nicht der Auffassung, daß diese Politik den Anforderungen gerecht wird.

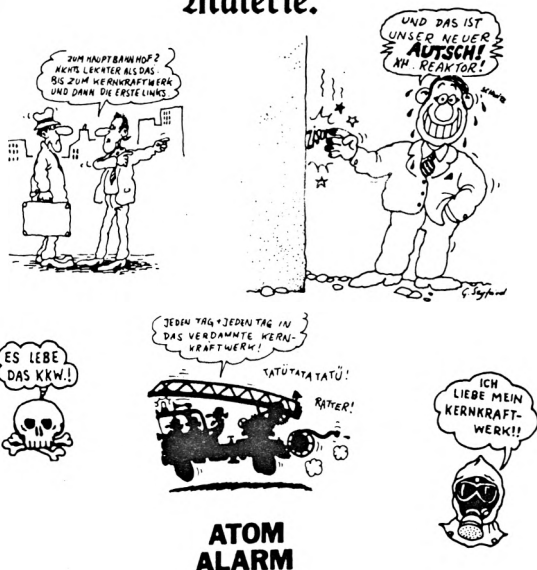
Wir setzen keineswegs die SPD mit der CDU gleich. In der SPD existiert, wenn auch nur schwach ausgebildet, ein linker Flügel und die Anhänger der SPD rekrutieren sich zu einem großen Teil aus der Arbeiterschaft und den Jugendlichen. All das schränkt den Spielraum sozialdemokratischen Krisenmanagements ein.

Trotz dieser Einschränkungen ist die SPD jedoch eine bürgerliche Partei und für die Parteiführung wie auch für die Mehrheit der Mitglieder ist die Aufrechterhaltung des Kapitalismus unabdingbarer Grundstein sozialdemokratischer Politik. Während der konjunkturellen Aufschwungphase Anfang der 70er Jahre konnte die Spd so ihre Anhängerschaft zufriedenstellen, indem sie den vorhandenen Spielraum ausnutzte um für diese nicht unwesentliche Verbesserungen durchzusetzen. Sobald jedoch dieser Spielraum durch die Krisenerscheinungen des Kapitalismus eingeschränkt wurde, war die SPD auf Grund ihres Selbstverständnisses gezwungen vor den "Sachzwängen" zu kapitulieren und die einst proklamierte Lebensqualität vor allem ihrer eigenen Anhänger zu beschneiden. Um zu verhindern, daß deren Enttäuschung über die systemimmanente sozialdemokratische Politik umschlägt in offenen Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen und andere unterprivilegierte Schichten, daß sich im Zuge dieses Widerstandes eine breite sozialistische Alternative zur SPD-Führung entwickelt, beteiligte sich letztere an den Diffamierungs- und Unterdrückungskampagnen gegenüber allen linken Ansätzen, sowohl außerhalb als auch innerhalb der Partei.

Damit sehen wir aber auch die Möglichkeiten und Grenzen einer linkssozialdemokratischen Politik unter den heutigen Bedingungen. Diese vermag ihren gewünschten innerparteilichen Einfluß nur dann zu gewinnen, wenn sich die Betroffenen außerhalb der Partei eigenständig zu Wort melden und sich die

Fähigkeit eigenständigen Handelns erkämpfen und erhalten, so daß die SPD vor der Gefahr steht relevante Teile ihres Anhangs zu verlieren. Derartige Basisbewegungen werden jedoch unweigerlich auf den Widerstand auch der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker stoßen, die ihre Felle davon schwimmen sehen. Daher wird sich auch die Studentenbewegung nur in Opposition, niemals jedoch loyal zur Sozialdemokratie voll entfalten können. Und unsere Jusos verbreiten Illusionen über die Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik, wenn sie zwar regelmäßig die ziemlich einflußlosen Linken zitiert, zum repressiven Charakter der Parteiführung jedoch schweigen, obwohl sie langfristig und gegenwärtig auch schon innerparteilich davon ebenso betroffen sind wie andere Linke auch.

Aus dem Reich der strahlenden Materie.





24

zustimmen. So ist der RCDS die einzige Gruppe an der TH, die lediglich am Wahltermin einmal nach Stimmen fragt, an sonsten aber meint, sie könne nach eigenem Gutdünken ohne Rückkopplung zur Basis ihre Politik betreiben (sog. " parlamentarische Demokratie "). Obwohl der RCDS seine Aktivitäten auf die Anwesenheit im StuPa beschränkt, achten die einzelnen Parlamentarier doch peinlich genau auf das pünktliche Nachhausegehen. Deswegen sind ca. 80% der Sitzungen wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen worden, nach dem die RCDS-Fraktion bis auf einen nach Hause ging, und dieser Letzte dann einen Antrag auf Beschlußunfähigkeit stellte. Von einem Vertreter einer anderen Fraktion gefragt, ob sie sich nun um die Interessen der Studentenschaft kümmern oder nicht, erhielt dieser zur Antwort: " Ich kümmere mich vor allem einmal um meine Studienarbeit " (19.4.'77) Die Aktivitäten des RCDS im StuPa nahmen nach den Wahlen wieder ziemlich schnell ab, man beschränkte sich zu letzt auf Formales und Satzkonstruktionen. Anträge und Alternativen gab es kaum, nach dem letzten Wahlkampf fiel die Fraktion schnell wieder in einen tiefen Parlamentsschlaf. Hierzu passen auch Äußerungen des RCDS, das es keinen Sinn habe, Aktivitäten zu zeigen, solange man nicht die absolute Mehrheit habe (StuPa vom 2.6.'77). Der Begriff der "konstruktiven Opposition" ist dem "demokratischen" Verband wohl nicht bekannt.

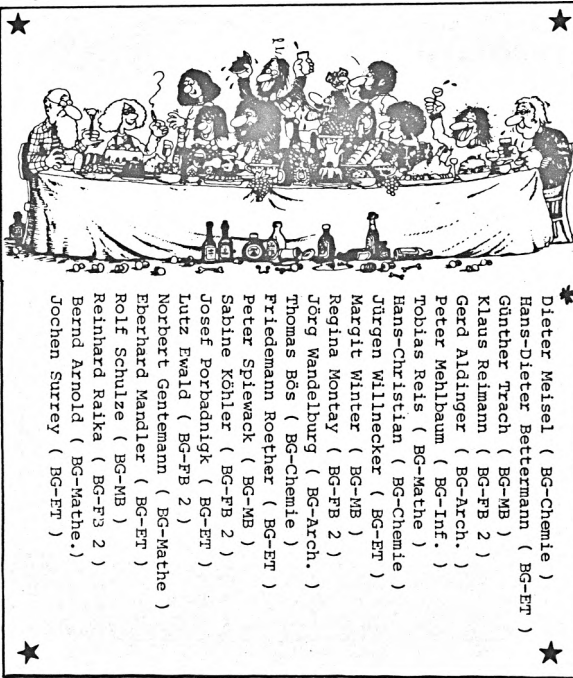
Hier und wider jedoch bekam der aufmerksame Beobachter Einblicke in die Politik eines RCDS. Etwa, als es um das seit einigen Jahren bekannte Thema der "Berufsverbote" ging, kam die erstaunte Frage aus den Reihen der RCDSler "Was ist denn das?" Als am 2. Juni '77 in der StuPa-Sitzung eine Gedenkminute für den vor 10 Jahren von der Polizei erschossenen Studenten Benno Ohnesorg eingelegt wurde, blieben große Teile der RCDS-Fraktion demonstrativ sitzen. Vor der Sitzung hatten die RCDSler noch im Sitzungsraum Plakate aufgehängt "Für Menschenrechte-Überall" - Das Recht der Freien Meinungsäußerung hatten sie wohl "vergessen". Die Politik der Vereinzelung und Kriminalisierung der Studenten findet beim RCDS aktive Unterstützung. Als es am 16.2.78 um die Mensaboykott-Prozesse ging, sah man beim RCDS grinsende Gesichter und vernahm die unverschämte Äußerung, daß zum Glück nur die Aktiven und nicht die Studenten insgesamt betroffen seien. In einer Presseerklärung diffamierte der RCDSler Braun das Studentenparlament, bezeichnete den MSB als faschistisch und äußerte in der StuPa-Sitzung vom 3.11.77 "die feste Überzeugung", daß es sich bei dem Rechtsprofessor Azzola um einen Linksfaschisten handelt, der für die politischen Ziele der Bande (Baader-Meinhof) wirbt. In der Sitzung davor hatte er zynisch das schlechte Image der Studenten und der Hochschulen bemängelt. Erwähnenswert bleibt noch die gleichgültige Haltung der RCDS-Fraktion zum HRG, die faktisch einer Anerkennung gleichkommt. Ist seit der Verabschie-

dung des HRG das Problem für den RCDS nicht mehr so brennend? Bei der gemeinsamen Ablehnung des HRG durch alle Hochschulangehörigen im Senat haben sich die RCDS-Vertreter als einzige enthalten. Der massive Versuch der Verhinderung des bundesweiten Streiks (nach den Anweisungen des Bundes-RCDS) ist ein weiteres Zeichen für die Nichtvertretung der Studenten, zu dem in Darmstadt dann "Alternativen" angeboten wurden: zwei "Hochschuldiskussionstage" (schön intern), eine "Podiumsdiskussion mit Parteivertretern (falls welche kommen), eine Demonstration am Hochschulort, dann bei der Landesregierung und zum Schluß bei der Bundesregierung in Bonn (welche Steigerung). Welche dieser Aktionen wurde nicht schon vor diesem Streik durchgeführt und hat sich als meist nutzlos erwiesen? Was bleibt, ist der Versuch einer Verhinderung einer breiten Solidarität, die nicht in das Konzept einer parlamentarisch gelenkten Demokratie paßt und so auch nicht zum Konzept des RCDS.

Als aktiver Interessensvertreter, von dem man auch nach der Wahl noch Rechenschaft fordern kann, ist wohl keiner der RCDSler geeignet. Denn aktive Interessenvertretung erfordert ein persönliches Engagement, das nicht nach der Devise "3 Stunden StuPa sind genug" erledigt werden kann. Man sollte keine Fraktion wählen, die nicht auch in Fachschaften vertreten ist, da dort die eigentliche Arbeit gemacht wird. Das StuPa ist, wie fast jedes Parlament, nur ein Ort für Parteipolitik und Abstimmungen. Das StuPa allein macht noch keine Interessensvertretung. WER NUR IM STUPA ARBEITET, IST AUTOMATISCH ISOLIERT.



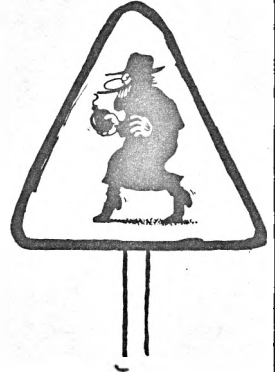
Die BG* ihren Wahlerfolg feiernd.....



KINKALITZEN.



Uwe F.



Neues Verkehrszeichen:
Vorsicht Basis!
(Was ist?)

Wählt viele
bunte BG'ler
in's StuPa!